

Der sächsische Erzähler,

Wochenblatt

für

Bischofswerda, Stolpen und Umgegend.

Zur gemeinnützigen Unterhaltung für alle Stände.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers.

N^o 97.]

Sonnabend, den 7. December.

[1850.

Diese Zeitschrift erscheint wöchentlich 2 Mal, **Wittwochs** und **Sonnabends**, und kostet vierteljährlich 10 Ngr. — Bestellungen nehmen alle Postanstalten Sachsens an. — Annoncen werden die gespaltene Zeile oder deren Raum mit 6 Pf. berechnet und für jede nächste Nummer bis Tags vorher Vormittags 9 Uhr angenommen. — Eine Annonce unter 4 Zeilen kostet 2 Ngr. 5 Pf.

Politische Umschau.

Sachsen.

Dresden, 3. Dec. Abg. Meißel berichtet in der 2. K. über den außerordentlichen Bauaufwand von 200,000 Thlr. behufs der durch die Justizreform nothwendig werdenden neuen Einrichtungen. Justizminister Schinsky giebt über den dermaligen Stand dieser Angelegenheit noch folgende interessante Nachrichten: Durch den k. Commissar, Oberstaatsanwalt Dr. Schröder, sind an 47 Orten Grundstücke erkaufte worden; an 43 Orten sind (seinem Berichte nach) Staatsgebäude vorhanden, die mit wenig Kosten zu dem nöthigen Zwecke einzurichten sind, an 12 Orten sind mit den betreffenden Gemeinden wegen Aufnahmeverträge der Justizbehörden Miethverträge abgeschlossen, an 9 Orten sind Neubaue nöthig und an 5 Orten haben die Verhandlungen noch zu keinem Resultate geführt. Das Justizministerium hat über die Kaufverträge an 34 Orten, hinsichtlich der brauchbaren Staatsgebäude an 5 Orten, hinsichtlich der Miethverträge an 3 Orten und hinsichtlich der Neubaue an 1 Orte bereits genehmigenden Beschluß gefaßt. Für die erkaufte Gebäude an den 47 Orten hat der Staat 42,700 Thlr. baare Zahlung zu leisten, während 33,500 Thlr. von einzelnen Gemeinden bestritten werden, die übrigen 121,347 Thlr. können gegen Verzinsung oder jährliche Rente stehen bleiben. Die 34 bereits genehmigten Käufe machen eine Baarzahlung von 59,277 Thlr. nöthig, wozu der Staat 29,777 Thlr. und einzelne Gemeinden 29,500 Thlr. beitragen würden. Uebrigens — fügte der Minister hinzu — hoffe er, daß die neue Einrichtung bald nach dem nächsten Landtage werde in's Leben treten können. Was bis dahin noch nicht gebaut sei, beabsichtige man durch ermiethete Localitäten zu ersetzen, und man lasse daher jetzt nur Das bauen, was durch Ermiethung nicht zu beschaffen sei, namentlich Gefängnisse. Die Kammer gab ohne Debatte ihre Zustimmung. Ebenso bewilligte

man die für den Museumsbau geforderten 220,000 Thlr. (darunter 21,000 Thlr. für Verzierungen).

— Dem unlängst ausgegebenen Berichte der Finanzdeputation der 2. K., über die allgemeinen Staatsbedürfnisse, „zur Unterhaltung der zum königl. Fideicommiss gehörigen Sammlungen“ entnehmen wir folgende Einzelheiten: Die Deputation hat sich ein Verzeichniß der durch den Zwingerbrand im Mai 1849 zerstörten und verdorbenen Gegenstände eingehändigen lassen, wonach der Verlust des Naturalien-cabinetts auf 20,993 Thlr., und der des Mineralien-cabinetts auf 6000 Thlr., in Summa auf 26,993 Thlr. geschätzt wird.

— 4. Dec. Die letzte Position betrifft den „Beitrag zur Unterhaltung der deutschen Centralorgane“, wofür 10,000 Thlr. von der Deputation mit Einverständnis der Regierung zu bewilligen, vorgeschlagen werden — mit dem Schlufsantrage: „Die hohe Staatsregierung möge bei Mitwirkung zu Schaffung einer kräftigen, das gesammte Deutschland umfassenden Centralgewalt für gleichzeitige Herstellung einer zweckmäßigen allgemeinen Vertretung des deutschen Volkes Sorge tragen.“ Das Postulat fand Bewilligung ohne Debatte. Bezüglich des allgemeinen Antrages bemerkt der Herr Minister v. A. v. Beust, daß die Regierung ihr Einverständnis mit dem Antrage insofern ausdrücke, als sie sich auch bei den bevorstehenden freien Conferenzen für eine Vertretung des Volkes beim Bunde verwenden werde. Zu zwei Stellen des Antrags müsse er jedoch, um keinem Mißverständnisse ausgesetzt zu sein, eine Erläuterung geben. Unter der allgemeinen Vertretung verstehe nämlich nicht die Regierung eine aus allgemeinen Wahlen hervorgehende Nationalversammlung, womit man in Deutschland so böse Erfahrungen gemacht habe, sondern eine aus den Einzelkammern hervorgehende Vertretung. Zum Zweiten hebt der Herr Minister hervor, daß die sächsische Regierung entschieden jedem Streben widerstehe werde, das aus dem deutschen Staatenbunde ein en Bundesstaat zu schaffen gedenke.

Fünfter Jahrgang.